

Sehr geehrte Leser,

heutzutage scheint es in Mode zu kommen, alles zu kritisieren, über alles zu schimpfen und zu lästern. Als wäre ständiges Herumnörgeln der Nachweis besonderer Intelligenz und eine Auszeichnung, die man sich wie ein Bundesverdienstkreuz an die Brust heftet. Die Besserwisser finden sich haufenweise in der Politik, aber auch in manchen Redaktionsstuben – und besonders am Stammtisch.

Geradezu idealtypisch ist das momentan beim Thema Riester-Rente zu beobachten. Obwohl sich diese Altersvorsorge gerade für Bezieher geringer und mittlerer Einkommen sowie Familien mit Kindern exzellent rechnet, auch wegen der üppigen staatlichen Zuschüsse, maulen die Schlauberger vom Stammtisch, es lohne sich nicht. Oder wie es jüngst ein Slogan der Initiative Pro Riester auf den Punkt gebracht hat: „Auch beim Geld vom Staat immer noch lästern.“

Zu allem Überflus glauben derzeit Regierungsverantwortliche, ebenfalls am Stammtisch Platz nehmen und das Totenglöckchen für die Riester-Rente läuten zu müssen. Sie sei gescheitert, behaupten einige und bringen immer neue unausgegorene Vorschläge hervor: Deutschland-Rente, Lebensleistungsrente, Erhöhung der Lebensarbeitszeit oder des Rentenniveaus – oder genau das Gegenteil. Ganz nach dem Motto „Nichts Genaues weiß ich nicht – Hauptsache dagegen.“

Wie jemand bei einer ständig wachsenden Zahl von Riester-Verträgen – derzeit immerhin 16,5 Millionen – von einem „Scheitern“ sprechen kann, bleibt ein Rätsel. Nach den aktuellen GDV-Branchenzahlen ist damit bald die Hälfte der Berechtigten erreicht. Das ist in der relativ kurzen Zeit des Bestehens der Riester-Rente eine hohe und erfolgreiche Durchdringung in der Bevölkerung – wohlgermerkt auf freiwilliger Basis der Bürger. Und auf freiwilligem Weg eine 100-Prozent-Quote zu erreichen ist jenseits aller praktischen Lebenserfahrung.

Gerade um fürs Alter vorzusorgen, kommt es für die Bürger auf diszipliniertes Sparen über Jahrzehnte an. Dieses nachhaltige – und zugegeben wegen sich ändernder Lebensumstände oft schwierige – Durchhaltevermögen zahlt sich am Ende aus. Das wird aber von einer Politik konterkariert, die selbst nicht dieses Durchhaltevermögen aufbringt und damit ein schlechtes Vorbild abgibt.

Denn was sollen Menschen von einem politischen Entscheidungshandeln halten, das die eigenen Gesetze und Konzepte nach wenigen Jahren schon wieder über den Haufen wirft? Wie sollen Bürger Vertrauen in eine selbst organisierte Altersvorsorge haben, wenn ihnen keine verlässlichen Rahmenbedingungen gesetzt wird?

Deshalb: Politiker (und Stammtischbrüder) sollten vielleicht erst einen Moment nachdenken, bevor sie die Menschen grundlos mit ihrem Dagegensein erschrecken.



Die Luft wird dünner

Um die Ecke die am meisten befahrene Straße der Stadt, hässliche Betonfassungen als Minibalkone und selbst der Verkäufer bezeichnet die Zwei-Zimmer-Wohnung als **renovierungsbedürftig** – was würden Sie für dieses Juwel von 62 Quadratmetern bezahlen? Eine Großbank verlangt in ihrer Anzeige für das Prunkstück „in bester Lage“ des Münchner Stadtteils Neuhausen jedenfalls **400.000 Euro**.

So etwas geht wohl tatsächlich nur in München. Aber auch anderswo hat der Immobilien-Boom früher schwer zu vermittelnde Lagen zu elysischen Feldern für Makler gemacht. So verzeichnet der berühmt-berüchtigte Berliner Bezirk Neukölln die höchsten Preissteigerungsraten der Republik. Hier haben sich die Wohnungspreise in den vergangenen fünf Jahren im Schnitt glatt verdoppelt.

Sind das die Anzeichen einer **Immobilien-Blase**, die bald platzen wird? Nicht so schnell. So lange die Zinsen niedrig bleiben und die Bautätigkeit vielerorts mit der Nachfrage nicht mithält, ist ein echter Preisrutsch – vor allem in guten Lagen – nicht in Sicht. Aber die Luft wird dünner für Häuslebauer und Investoren. Umso wichtiger ist in diesen Zeiten die genaue Analyse des Immobilienstandorts.

Gier frisst Hirn

Was ist eine App wert, mit der man Bilder von sich verschicken kann, auf denen man virtuelle Hundeohren trägt? Snap hat durch seinen Börsengang die Antwort geliefert: 30 Milliarden Dollar und damit mehr als Linde, Beiersdorf oder Infineon. Doch ist der Entwickler der oben beschriebenen Snapchat-App dieses Geld wert? Wohl eher nicht, wie eine simple Rechnung zeigt: Bei einem Börsenwert von 30 Milliarden Dollar zahlen Anleger für jeden der 160 Millionen Snapchat-Nutzer 190 Dollar. Snap machte 2016 pro Nutzer aber nur 2,50 Dollar Umsatz – und dabei erschreckende drei Dollar Verlust. Bei Investoren sollten also alle Alarmglocken schrillen. Hinzu kommt, dass der größte Konkurrent Facebook bereits die wichtigsten Funktionen von Snapchat kopiert. Doch bei Technologiekonzernen scheint wieder ein altbekanntes Schema zu greifen: Gier frisst Hirn. Dafür spricht übrigens ein weiteres Indiz. Beim Snap-Börsengang legte auch die Aktie von Snap Interactive um 120 Prozent zu. Das Unternehmen ist ebenfalls ein Softwarehersteller, hat aber nichts mit Snapchat zu tun. Anleger hatten die beiden Aktien wohl einfach verwechselt.

Instrument gegen Beitragssprünge in der privaten Krankenversicherung

Nach § 204 Versicherungsvertragsgesetz (VVG) haben Kunden gegenüber ihrem Versicherer einen Anspruch auf den Wechsel in einen anderen Tarif der Gesellschaft. Umfasst der neue Tarif mehr Leistungen als der bestehende, kann der Versicherer eine erneute Gesundheitsprüfung oder einen Risikozuschlag verlangen. Will der Versicherte dies vermeiden, kann er auf die Mehrleistungen verzichten. Dann bleibt in dem neuen, günstigeren Tarif quasi der bisherige Leistungsumfang bestehen. Anders als beim Anbieterwechsel (Vertragsabschluss vor 2009) gehen beim internen Tarifwechsel die Alterungsrückstellungen sowie weitere Rechte nicht verloren. Ohnehin ist der Wechsel zu einem anderen Versicherer schon wegen einer oft



verschlechterten Gesundheitssituation nur zu einem höheren Beitrag oder gar nicht mehr möglich. Auch der Wechsel in den Basis- oder Standardtarif – die klassische Alternative zum Anbieterwechsel – ist wegen der damit verbundenen Leistungsverluste häufig nicht wirklich attraktiv. Zwar müssen Versicherer ihre Kunden gemäß § 6 VVG auf Wunsch kostenlos beraten und Alternativen zum bisherigen Tarif

vorschlagen. Der Produktgeber hat aber keinen Anreiz, seinem Kunden optimal zu helfen, schließlich bekommt er dann oft weniger Beiträge für dieselbe Leistung. Weil selbst die interne Tariflandschaft eines Versicherers komplex sein kann, ist aus Kundensicht unabhängige Beratung sinnvoll. **Gerne unterstützen wir Sie hierbei.**

Fristen bei privaten Unfallversicherungen

Bei Schäden aus privaten Unfallversicherungen sind viele festgelegte Fristen vom Versicherungsnehmer einzuhalten. Als erste Frist gilt die Schadensmeldung: Unverzüglich, das heißt ohne schuldhaftes Verzögern. Hier sollte eine Meldung an den Versicherer binnen drei Tagen erfolgen. Weitere Fristen ergeben sich für Invaliditätsansprüche: In der Regel muss eine Invalidität, das heißt der mögliche Dauerschaden, innerhalb von zwölf Monaten nach dem Unfall eingetreten sein, beim Versicherer angemeldet werden und zusätzlich binnen drei Monaten ärztlich festgestellt worden sein. Viele Versicherer haben Invaliditätsfristen zugunsten des Versicherungsnehmers verlängert.

Argentinien

Vor wenigen Wochen gelang Argentinien etwas Historisches. Die Verantwortlichen des Schatzamts in Buenos Aires platzierten eine **Anleihe mit einer Laufzeit von 100 Jahren**. 2,7 Milliarden Dollar konnte das klamme Land einnehmen, musste dabei sogar Investoren vertrösten. Die hatten Papiere für knapp zehn Milliarden Dollar geordert. 7,9 Prozent Zinsen verspricht Argentinien pro Jahr. Allein: Argentinien hat Anlegern in der Vergangenheit schon viel versprochen und wenig gehalten.

Seit der Unabhängigkeit von Spanien im Jahr 1816 hat das südamerikanische Land nicht weniger als **acht Pleiten** hingelegt. Ganze 75 Jahre seiner 200-jährigen Geschichte befand sich die Regierung gegenüber ihren Gläubigern im Zahlungsverzug. Der letzte Ausfall ist gar nicht so lange her. Beim 95 Milliarden Dollar schweren Bankrott 2001 mussten Anleger **auf zwei Drittel** der Verbindlichkeiten verzichten. 15 Jahre war Argentinien an den Finanzmärkten isoliert. Das Rating des Landes signalisiert, dass argentinische Bonds eigentlich Schrottanleihen sind.

Investieren in Schrott für acht Prozent Rendite? Es gibt einen besseren Weg, den weltweiten Nullzinsen zu entfliehen. Statt in Schrott können Anleger **in Qualität investieren**, in große, stabile, gut geführte Unternehmen mit Wertsteigerungspotenzial. **Gerne beraten wir Sie hierzu.**

Raus aus der Pflegefalle

Das Szenario wirkt düster. Laut Hochrechnungen soll die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2050 um 75 Prozent steigen. Wenn man einberechnet, dass der medizinische Fortschritt viele Pflegefälle wahrscheinlich verhindern wird, kommt immer noch ein Plus von knapp 50 Prozent heraus.

Egal wie man kalkuliert – die Leistungen aus der gesetzlichen Pflegepflichtversicherung werden nach jetzigem Stand nicht genügen. Denn schon heute reichen sie nicht aus, um die Kosten zu decken. Um angesichts dieser Tatsache die Bevölkerung zur privaten Vorsorge zu motivieren, hat die damalige schwarz-gelbe Koalition vor fünf Jahren den sogenannten Pflege-



Bahr eingeführt. Die private Zusatzversicherung ist nach dem früheren Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) benannt. Für jeden Vertrag gibt es einen Zuschuss von fünf Euro pro Monat, wenn die Prämie mindestens zehn Euro beträgt. Problem: Die Absicherung ist auch inklusive Pflege-Bahr oft zu gering. So bekommen 60-Jährige, die jetzt einen Vertrag abschließen, üblicherweise lediglich 600 Euro im Monat, wenn sie schwerstpflegebedürftig sind.

Deshalb sind sogenannte Kombi-Tarife empfehlenswert, bei denen Pflege-Bahr und eine ungeforderte Zusatzversicherung desselben Anbieters zusammengefasst sind. Hier bekommen Pflegebedürftige mehr.

Risiken beim Pflege-Bahr. Die fehlende Gesundheitsprüfung macht den Pflege-Bahr für Kranke attraktiv, kann aber auf lange Sicht teuer für alle Bahr-Kunden werden. Denn falls sich viele Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen für den Pflege-Bahr entscheiden, steigen die Ausgaben und damit die Prämien. Diese sind nämlich nicht für die gesamte Laufzeit garantiert. Das ist übrigens auch bei Kombi-Policen so. Für beide Arten gilt: Gebremst wird ein Anstieg nur durch Rückstellungen, die in jüngeren Jahren des Versicherten gebildet und im Alter aufgelöst werden. **Noch ein Argument dafür, eine private Pflegeversicherung früh abzuschließen.**

mit besten Grüßen

Anette Röttcher

rs-finanz gmbh

Jörg Stooß

rs-finanz gmbh

Faxantwort: +49 (0) 89 – 89 05 38 80

Oder per E-Mail: office@rs-finanz.de

Bitte senden Sie mir weiteres Informationsmaterial zu den Themen

- Riester-Rente
- Aktien- bzw. Investmentfonds
- Krankenversicherung
- Pflegeversicherung

Ich möchte einen Termin mit Ihnen vereinbaren.

Empfehlen Sie uns weiter und erhalten Sie dafür eine attraktive Prämie:
– Bitte geben Sie hierfür unten die Kontaktdaten Ihrer Empfehlung an!

Bitte streichen Sie mich aus Ihrer Verteilerliste.
– Bitte geben Sie hierfür unten Ihre Kontaktdaten an!

Vorname

Name

Adresse

E-Mail

Telefon

Fax

Prämie für Empfehlung:

- Silbermünze
- Los der Aktion Mensch